

SPD-Fraktion contra Bürgerinitiative

Die Leipziger SPD und die Initiatoren des Bürgerbegehrens „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt!“ sind aneinander geraten. Auslöser dafür ist eine Ankündigung im Amtsblatt, die nicht erschienen ist. Mitglieder der Bürgerinitiative hatten mehrfach versucht, in dem der Stadt Leipzig gehörenden Blatt auf eine öffentliche Veranstaltung hinzuweisen, auf der sie Unterschriften gegen den Verkauf städtischer Firmen sammeln wollen. Bei den wochenlangen Gesprächen mit Vertretern des städtischen Blattes sollen Mitarbeiter geäußert haben, dass die SPD die Ankündigung nicht wolle (die LVZ berichtete).

Die Sozialdemokraten haben dieser Darstellung inzwischen heftig widersprochen. „Die SPD-Fraktion verwarft sich entschieden gegen Ihre Behauptung, auf städtische Publikationen Einfluss zu nehmen“, schrieb Fraktionsgeschäftsführerin Stefanie Steeb dem Mit-Organisator Mike Nagler. „Ich möchte wissen, wie Sie zu dieser Aussage kommen.“ Inzwischen hat auch die Amtsblattredaktion klargestellt, warum sie die am Montag von 18 bis 19 Uhr auf dem Nikolaikirchhof stattfindende Veranstaltung nicht in ihrer heute erscheinenden Ausgabe ankündigt. Die Veranstaltung – auf der Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt werden sollen – „konterkariert unseres Erachtens nach die Bestrebungen von Verwaltung und Politik, den Stadtwerkeanteilsverkauf zügig voran zu bringen“, heißt es darin. „Dem Bestreben der Stadt Leipzig die Stadtwerke zu privatisieren – Stadtwerkeanteilsverkauf – liegt ein Stadtratsbeschluss vom 15. November 2006 zur Einleitung des Verfahrens zugrunde. Dieser Beschluss wurde mehrheitlich gefasst. Zudem haben alle Fraktionen ihren Standpunkt im Amtsblatt vom 2. Dezember 2006 darlegen können. Damit ist die parlamentarische Basis für das weitere Vorgehen der Verwaltung rechtskräftig abgestimmt. Die Bekanntgabe der Auftaktveranstaltung im Leipziger Amtsblatt als Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung stellt das beschlossene Verfahren wieder grundlegend infrage.“

Mike Nagler hat inzwischen klargestellt, dass ihn diese „abschließende schriftliche Absage“ erst nach seiner öffentlichen Äußerung erreicht hat. „Ich hätte den Inhalt dieser Nachricht gern transportiert, wenn sie mir eher zugekommen wäre“, heißt es in seinem Schreiben an die SPD-Fraktionsgeschäftsführerin Stefanie Steeb. „Eine frühere Antwort von Seiten der Stadtverwaltung beziehungsweise Amtsblattredaktion wäre sicherlich kein Problem gewesen, immerhin lag die Anfrage der Redaktion bereits seit drei Wochen vor.“ Nagler legte dafür auch Belege vor.

Im Rathaus wurde gestern bestätigt, dass der Vorstoß der Bürgerinitiative dort drei Wochen auf Eis gelegen hat. „Die zuständige Mitarbeiterin war im Urlaub“, erklärte Rathaussprecher Steffen Jantz. „Als sie zurückkam, hat sie offenbar aus Versehen die Nachricht im Computer gelöscht.“

Andreas Tappert